

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Die Energiestrategie dringend hinterfragen von <i>Roland Müller</i> Seite 2	Kanton Zürich Zeichensetzung zur sozialen Sicherheit von <i>Lorenz Habicher</i> Seite 3	Aktuell Startschuss für die Gemeindewahlen 2026 von <i>Seraina Billeter</i> Seite 5	Parlamentsgemeinden Nichts Neues im Schlaraffenland Zürich von <i>Johann Widmer</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Podiumsdis-kussion mit NR Mauro Tuena Seite 5
--	---	---	---	--

ABSURDE MEDIENPOLITIK: «SERVICE PUBLIC»-DEBATTE SOLL WIEDER UNTERDRÜCKT WERDEN

Diskussionsverweigerung – trotzdem mehr Steuergelder?

Über 1,2 Milliarden Franken fliessen allein aus dem Gebührentopf jedes Jahr an die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG). Von solchen Beträgen können private Sender nur träumen. Gleichzeitig werden diese in Bereichen konkurrenziert, die gar nicht zum Kernauftrag der SRG gehören. Seit Jahren verweigert die Parlamentsmehrheit die Diskussion über diesen Auftrag. Das Parlament muss aufpassen, dass es die nächste Chance mit der 200-Franken-Initiative nicht wieder verpasst.



Es braucht nun endlich die notwendige Grundsatzdiskussion über die Definition und den Umfang des «Service public» im Medienbereich.

Bild: SRG-Initiative

Vor zehn Jahren, am 14. Juni 2015, wurde die RTVG-Revision mit 50,1% ganz knapp angenommen – 3696 Stimmen machten den Unterschied. Das Resultat wurde möglich, weil der Bundesrat im Abstimmungskampf versprochen hatte, die Empfangsgebühren würden sinken. Tatsächlich wurden die Gebühren in der Folge gesenkt – vor allem wegen der neu eingeführten Mediensteuer für Unternehmen, die zusätzliche Erträge einbrachte. Dass diese fragwürdige Abgabe im Nationalrat nur mit Stichentscheid des Ratspräsidenten eingeführt werden konnte, haben viele wieder vergessen. Umso wichtiger, dass sie jetzt endlich wieder zur Disposition gestellt wird.

Abgewürgte Diskussion über SRG-Auftrag
Auch eine offene, tabulose Diskussion über den künftigen «Service public»-Auftrag wurde 2015 von Bundesrätin Doris Leuthard in Aussicht gestellt. Diese Diskussion verlief jedoch weitgehend im Sand. Seit Jahren sind Bundesrat und Verwaltung in der Medienpolitik auf den Status quo fixiert. Die Optik der Verlautbarungen ist eindimensional und auf die Wünsche der SRG ausgerichtet. Man merkt kaum, dass das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) Aufsichtsinstanz der SRG ist – und nicht etwa deren PR-Agentur.
Die vom Bundesrat 2013 ins Leben gerufene Eidgenössische Medienkom-

mission (EMEK) glänzt mit Stellungnahmen, welche die etatistische Haltung von Departement und SRG wiederholen und mit pseudowissenschaftlichen Argumenten inhaltlich stützen. So hilft die EMEK mit, die «Service public»-Diskussion Schritt für Schritt abzuwürgen.
Wichtige Fragen, die private Medien betreffen, bleiben ausgeklammert. Geht es um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Anbieter, diskutiert man bestenfalls über eine Anpassung beim Gebührensplitting oder neue Förderbeiträge. Die privaten Medien scheint die Diskussion über den Service public und bessere Rahmenbedingungen allerdings auch nicht gross zu interessieren: Zu viele profitieren

bereits heute von staatlichen Zuschüssen. Für diese Betriebe ist die Optimierung der Subventionsflüsse der einfachere Weg. Heute zählt das Wettrennen um Steuergelder mehr als der wirtschaftliche Wettstreit. Das Nachsehen haben Konsumenten und Steuerzahler – und letztlich die Demokratie, denn die Qualität der Produkte leidet zusehends.

Wichtiger Kampf für Medienvielfalt
Medienvielfalt ist aus staatspolitischer Sicht von höchster Bedeutung: Medien ermöglichen den demokratischen Diskurs. Daher ist es wichtig, dass es möglichst viele verschiedene unabhängige Medien gibt. Unabhängigkeit bedeutet inhaltliche, aber auch finanzielle Unabhängigkeit. Vor diesem Hintergrund war die klare Ablehnung des Medienförderungspakets im Frühling 2022 wichtig: In einer freien Demokratie sollen Medien nicht mit Steuergeldern gefördert werden. Wo Finanzen fliessen, entstehen Abhängigkeiten – dies gilt es zu vermeiden.
Die privaten Medien sind die zentralen Akteure im Medienbereich. Die «Service public»-Angebote – und damit die SRG – sind subsidiärer Natur: Sie ergänzen den Markt. Wo bereits «ein genügendes Angebot durch den Markt angeboten wird oder ohne konzessionierte Sender angeboten würde, ist ein zusätzliches öffentliches Angebot nicht gerechtfertigt» – so hat es die Wettbewerbskommission formuliert. Darum ist die Diskussion des Grundversorgungsauftrags so wichtig.

Gebührensenkung ist wichtig
Die SRG will permanent das Beste aus zwei Welten. Geht es um den Leistungsauftrag, beruft sich die SRG auf ihre Unabhängigkeit: Sie fordert unterneh-

merische Freiheit. Geht es um Einsparungen, beruft sie sich jedoch auf einen umfassenden Leistungsauftrag: Einsparungen seien nicht möglich.
Die Konzentration der SRG auf ihren Kernauftrag ist das Gebot der Stunde – auch aus unternehmerischer Sicht. Gibt es finanzielle Engpässe – was die SRG immer wieder beklagt – ist es für ein Unternehmen wichtig, dass es sich auf seine Kernkompetenzen konzentriert und sich nicht unnötig verzettelt.
Um dies zu unterstützen, hat die SVP schon vor zehn Jahren den Vorschlag lanciert, die Gebühren auf 200 Franken zu senken – damals als Gegenvorschlag zur «No Billag»-Initiative. In den Randregionen könnte so weiterhin ein «Service public»-Angebot erbracht werden, aber es gäbe mehr Raum für private Anbieter und den Bürgern bliebe mehr Geld zum Leben.
Die Medienkommission des Nationalrates hat den Ball aufgenommen und einen Gegenvorschlag zur 200-Franken-Initiative formuliert. Die Lancierung eines Gegenvorschlags gibt dem Parlament die Möglichkeit, die Behandlungsfrist für die Initiative um ein Jahr zu verlängern. Diese Monate sollen genutzt werden, um den «Service public»-Auftrag zu diskutieren.
Im Ständerat hat sich leider eine Allianz aus SP, Grünen und Die Mitte durchgesetzt, welche diese Diskussion vermeiden will. Nun liegt der Ball wieder beim Nationalrat. Wir dürfen gespannt sein, wie es weitergeht.

Gregor Rutz
Nationalrat SVP
Zürich

Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!



Christoph Mörgeli

Waffeneinkäufer Thierry Burkart

Schon einmal hat ein FDP-Präsident einen Kampffjet für die Schweizer Armee abgeschossen. Philipp Müller beschimpfte den schwedischen Gripen als «Papierflieger», was diese europäische Lösung zum Absturz brachte. Jetzt fordert FDP-Präsident Thierry Burkart bei den Rüstungsbeschaffungen ein «Europe First». Der «Blick» titelte: «Er hinterfragt die Entscheidung für amerikanische F-35-Kampffjets». Worüber vor allem die Armeeabschaffer-Partei SP in helle Freude geraten ist, welche den F-35 seit je zum Teufel wünscht. Dass in den USA alle vier Jahre mittels demokratischer Wahlen ein neuer Präsident gewählt wird, kann Thierry Burkart nicht gänzlich entgangen sein. Und dass dieser in der Ukraine endlich Frieden schaffen will, ist auch kein Kapitalverbrechen. Wer wie Thierry Burkart eben noch für den F-35 geweibelt hat und diesen Kauf jetzt öffentlich anzweifelt, sollte Donald Trump nicht mangelnde Verlässlichkeit vorwerfen. Denn der amerikanische Präsident tut seit seinem Amtsantritt nichts anderes, als was er seinen Wählern versprochen hat. Wenn die Schweiz nicht raschmöglichst F-35-Jets und Feuereinheiten vom Typ «Patriot» beschafft, ist ihre Landesverteidigung nichts als Schall und Rauch. Auch alle anderen europäischen Staaten werden im grossen Stil mit amerikanischen Waffen aufrüsten. Weil die deutsche Rheinmetall, die französische Thales, die italienische Leonardo oder die britischen BAE Systems dazu ausserstande sind. Mit seinem «Kauft nicht beim Nicht-Europäer» tritt Thierry Burkart dermassen gegen alles, was der FDP lieb und teuer sein müsste, dass es wehtut: Marktwirtschaft, Wettbewerb, Handels- und Gewerbe-freiheit. Wäre es ihm ernst mit seinem anti-amerikanischen Weckruf, müsste der FDP-Chef sein Handy, seinen PC, sein GPS und sein Google entsorgen. Und davor am ehesten auch noch die «Künstliche Intelligenz», die ihm möglicherweise sein «Europa First» vorgegeben hat. Denn mit natürlicher Intelligenz kann man unmöglich auf eine solche Dummheit kommen. Die gefährlichsten Waffen sind und bleiben Menschen kleinen Kalibers.

Martin Pfister ist neuer Bundesrat

Diese Sessionswoche standen die Bundesratswahlen ganz klar im Vordergrund. Bereits am Dienstag machten sich die Medien im Bundeshaus breit und stellten sich auf. Bei den linken Parteien fanden auch die Hearings erst am Dienstag statt.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Auch wir seitens der SVP setzten unsere Kommunikationsstrategie am Dienstag in der Fraktionssitzung fest. Am Mittwochmorgen gab es noch eine Früh-sitzung vor den Wahlen, wobei wir uns klar für Markus Ritter positionierten.

Zu Beginn erfolgte die Verabschiedung von Bundesrätin Viola Amherd. Im ersten Wahlgang verfehlte Martin Pfister die Wahl um nur eine Stimme, das absolute Mehr war bei 123, und Pfister hatte im 1. Wahlgang bereits 122 Stimmen. Im 2. Wahlgang wurde mit 134 Stimmen Martin Pfister als Bundesrat gewählt. Markus Ritter erreichte 110 Stimmen.

Asyldebatte war ein Erfolg

Der Nationalrat hat sich wegen der Un-tätigkeit von Bundesrat Beat Jans am

vergangenen Montag auf Betreiben der SVP einmal mehr in einer ausserordent-lichen Session mit den teils chaotischen Zuständen im Asylbereich befasst (Ge-meinden am Limit, horrenden Kosten, ge-walttätige und kriminelle Asylbewer-ber etc.). Hauptziel muss sein, dass die Schweiz für Illegale unattraktiv wird. Denn wenn diese erst einmal im Land sind, bleiben sie in aller Regel jahrelang hier.

Erfreulicherweise wurden einige Vor-stösse, unterstützt auch durch die FDP und Die Mitte, gutgeheissen. So sollen

gemäss einem Vorstoss von Pascal Schmid (SVP, TG) Personen im Asylver-fahren, die wegen eines Verbrechens verurteilt wurden, vom Bleiberecht in der Schweiz ausgeschlossen werden. Ebenso unterstützt wurde ein Vorstoss von Christoph Riner (SVP, AG), der die Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern einschränken will, gegen die ein Straf-verfahren läuft. Zudem sollen vermehrte Grenzkontrollen durchgeführt werden. Abgelehnt – einmal mehr dank Mit-te-links – wurde hingegen ein Vorstoss von Piero Marchesi (SVP, TI), der verlangt, dass Asylan-ten, die über sichere Dritt-staaten kommen, direkt an der Grenze zurückgewiesen werden.

Prüfung der Einführung einer Velovignette

Auch viele Vorstösse und Anfragen an den Bundesrat wurden eingereicht. Ich werde in Kürze einen Vorstoss zur Prü-fung der Wiedereinführung einer Velo-vignette einbringen: Auch die Velofahrer sollen einen Beitrag an die Hunder-ten Millionen Franken für Velowege, Unterführungen (z.B. beim HB Zürich) und weitere Infrastrukturen leisten. Die Vignette stärkt zudem die Sicher-heit und die Legitimation der Velofahrer und damit gleichzeitig ihr Verant-wortungsbewusstsein gegenüber ande-ren Verkehrsteilnehmern. Eine Velo-vignette verursacht, ähnlich wie die Autovignette, kaum administrativen Aufwand. Auch im Kantonsrat wurde dieses Thema gerade erst diskutiert und von den bürgerlichen Parteien unter-stützt.

Es war eine spannende Sessions-woche mit vielen Anlässen rund um das Bundeshaus. Auch in der näch-sten Woche stehen wichtige Traktan-den an.

Bild: Adobe Stock

REALISMUS STATT GRÜNE TRÄUME

Die Energiestrategie muss hinterfragt werden

In Oberstammheim zeigte der SVP-Kantonsrat und Energiefachmann Paul von Euw an einem sehr gut besuchten SVP-Polit-Dinner auf, dass die angestossene Energiestrategie und deren Ziele dringend hinterfragt werden müssen.

RoMü. Vor 14 Jahren hat der Bundesrat nach den Ereignissen in Fukushima den Ausstieg aus der Kernenergie beschlos-sen. In der Zwischenzeit ist mit Mühle-berg bereits das erste Atomkraftwerk (AKW) abgestellt worden. Die damali-ge Energieministerin Doris Leuthard setzte bei diesem Schritt aber grossflä-chig auf den Zubau von auch umstrit-tenen Gaskraftwerken. Man ging dazu-mal davon aus, dass es deren fünf bis sieben bis 2035 braucht, wenn das letz-te AKW vom Netz geht. Mit diesen Wer-ken sollten 20 Terawattstunden Strom produziert werden.

Hier setzte der Tösstaler SVP-Kan-tonsrat Paul von Euw in seinem Referat an, weil er im eingeschlagenen Weg der Energiestrategie immer mehr Fra-gezeichen ausmacht. Er gehört als Ener-giefachmann der Kommission für Ener-gie, Verkehr und Umwelt des Kantons-rates an. «Der Weg zum Ziel ist falsch», ist seine Aussage. Aktuell verbraucht die Schweiz 57 Milliarden kW/h elek-trische Energie, was einem Verbrauch pro Kopf von 6500 kW/h entspricht. Ent-sprechend bezeichnete er es als falsch, wenn man immer nur davon spricht, dass ein Haushalt 3500 kW/h benötigt. «Man braucht auch Strom, wenn man nicht zu Hause ist», rief von Euw in Er-innerung. Der Ausstieg aus fossilen Ener-gieträgern und Wechsel auf Elektro-mobilität oder das Heizen mit Wärme-pumpen benötigen viel zusätzlichen Strom. Ein Drittel der mit Wärmepum-pen erzeugten Wärme kommt aus elek-trischer Energie.

Mit seiner Meinung ist von Euw bei Weitem nicht allein, indem er auf jüngst gemachte Aussagen der Axpo hinwies. Alpine Solaranlagen seien trotz hoher Subventionen teurer als erwartet. Zu-gleich werden die Zahlen betreffend die

Solarstromanlagen massiv reduziert. Mit Blick auf die geplanten alpinen An-lagen sprach er von einer Anpassung von 10 auf 0,81 Terawattstunden, was auch aus Kreisen der Eidgenössisch Technischen Hochschule (ETH) als rea-listisch bezeichnet wird.

Netzausbau und Speicherung

Doch auch der massive Ausbau von Photovoltaikanlagen schafft nun neue Probleme im Sommer. Einerseits ver-langt dies einen intensiven Netzausbau, was die Kosten für den Netzbetrieb von heute vier auf neun Milliarden Franken pro Jahr ansteigen lässt. Das grosse Problem besteht in der Stromspeiche-rung im Sommer für den Winter. Dies ist nur mit enormen Investitionen mög-lich, wie von Euw aufzeigte. Um 20 Te-rawattstunden Strom vom Sommer für den Winter aufzubewahren, bräuchte es 800 Pumpspeicherkraftwerke analog von Nant de Drance, welches 2,1 Milliar-den Franken gekostet hat. Die Kosten für die Batteriespeicherung bezifferte er mit 5100 Milliarden und jene für Wasserstoff auf 20 bis 86 Milliarden Franken. «Zum Vergleich kostete das Kernkraftwerk Flamaville in Frankreich 18 Milliarden Franken und für den Rück-bau und die Entsorgung müssen weite-re 10 Milliarden Franken aufgewendet werden», sagte von Euw.

Bezüglich der aktuell auch im Wein-land sehr intensiv diskutierten Nutzung der Windkraft blickte von Euw in die Vergangenheit: «Unsere Vorfahren haben im Gegensatz zu Holland nie die Wind-, sondern die Wasserkraft für den An-trieb von Mühlen oder Sägen genutzt. Dies sagt einiges über das vorhandene Windpotenzial aus.» Denn auf dem Stammerberg hat die Baudirektion mit Regierungsrat Martin Neukom ein gros-

ses Potenzialgebiet für Windkraft mit bis zu acht 220 Meter hohen Wind-kraftanlagen ausgemacht. Doch diese Frage beschäftigt mehr das Land als die Stadtbevölkerung, wo sich kaum jemand dafür interessiert.

Mangellage im Kanton Zürich droht

Um eine Mangellage im Kanton Zürich abzuwenden, will der Regierungsrat emäss von Euw eine Pflicht für Solar-dächer einführen und im kantonalen Richtplan kurzfristig 20 und mittelfris-tig 35 Windpotenzialgebiete aufneh-men. Zusätzlich ist eine Abgabe auf dem Strompreis vorgesehen, um nach Spei-cherlösungen zu forschen. Als komplett falsch bezeichnet von Euw den jüngsten

Kantonsratsbeschluss, «Netto Null» bis 2040 umzusetzen.

Im abschliessenden Fazit sprach von Euw davon, dass die eingeschlagene Strategie der falsche Weg, zu teuer und unrealistisch sei. Zugleich sprach er von überforderten und uneinigen Fach-leuten und von Politikern, welche die Auswirkungen nicht abschätzen könn-ten. «Die Gefahr von zu wenig Strom im Kanton Zürich steigt rapide», so seine besorgte Prognose.

Von Euw verwies auch auf Aussa-gen der Elektrizitätswerke des Kan-tons Zürich (EKZ), dass es zusätzliche Gaskraftwerke brauche, um die kom-menden Stromlücken, insbesondere bei Dunkelflauten, zu füllen. Die Option Kernenergie benötige hingegen längere Planungs- und Bauzeiten, sodass eine rasche Lösung nicht realistisch sei.



SVP-Kantonsrat Paul von Euw verwies bezüglich des Bewilligungsverfahrens für Windkraftanlagen darauf, dass das Mitbestimmungsrecht der betroffenen Grundeigentümer und Gemeinden vollständig ausgehebelt wird.

Bild: RoMü

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Politische Zeichensetzung zur sozialen Sicherheit im Kanton Zürich

Gleich zu Beginn dieser Kantonsratssitzung wurde ausgiebig zum weiteren Ausbau des Sozialstaates und zur Schaffung eines Gesetzes für kantonale Ergänzungsleistungen für Familien (KR-Nr. 26a/2018) debattiert. Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) hatte sich über knapp sieben Jahre hinweg mit diesem Geschäft beschäftigt und versucht, eine Lösung zu finden.



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Fazit: Grundsätzlich muss eine eidgenössische Lösung, falls überhaupt, angestrebt werden und in Bundesbern finden sich keine Mehrheiten. Kantonale Ergänzungsleistungen für Familien – mit erheblichen Mehrkosten – gibt es bereits in mehreren Kantonen. Da dieses neue Gesetz aber die bestehenden Unterstützungen für Familien «kannibalisieren» und geschätzte Mehrkosten von 50 bis 100 Millionen Franken für den Kanton Zürich entstehen würden, lehnten Regierungsrat und eine klare Ratsmehrheit (109 Stimmen) das Vorhaben ab; leider aber nur unter dem Einfluss eines «faulen» Kompromisses, d.h., ein KSSG-Kommissionspostulat (KR-Nr. 103/2024) «zur Prüfung» und «Berichterstattung» wurde gegen die Stimmen der SVP und FDP überwiesen.

Die SVP steht für den Rechtsstaat

Dann wurde eine Fraktionserklärung von Marion Matter (SVP, Meilen) zur samstäglichen Demonstration «Wohlstandsverwahrlosung am Tag der Frau» verlesen und die regen Gespräche auf linker Ratsseite verstummten augenblicklich.

Es wird teurer, aber nicht besser

Schwerpunkt und «Kernstück» des sozialpolitischen Morgens bildete aber die

erste Lesung zur Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG), die Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen der Sozialbehörde und dem Sozialdienst. Diese Gesetzesvorlage (Vorlage 5940a) wurde mit der äusserst knappen Überweisung (84 zu 83 Stimmen) einer linken Motion im Jahr 2020 angestossen. Die Ausrichtung ist eigentlich klar: Es sollte eine Professionalisierung der Sozialhilfe stattfinden. Wie schon früher die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) kostspielig «neu» erschaffen wurde, soll nun die Organisation der Sozialhilfe per Gesetz verordnet werden. Es ist ein einschneidender Eingriff in die Gemeindeautonomie, wenn spezifische Aufgaben nicht mehr von der politisch legitimierten Sozialbehörde dem Sozialdienst übertragen, sondern im SHG abschliessend vorgegeben werden. Für die Ratslinke ist klar: Die heutige Organisationsform der Aufgabenteilung zwischen Sozialbehörde und Sozialdienst ist schlecht und zieht unrechtmässiges und unprofessionelles Handeln mit sich. Für die FDP und SVP ist klar, dass die heutige Regelung nicht so schlecht ist, wie sie in der politischen Debatte gemacht wurde. Im Grunde genommen hat der Kanton Zürich diesbezüglich kein Problem und keinen zusätzlichen Regelungsbedarf. Nicht zu vergessen, dass diese Umstellung – sprich Professionalisierung – bei einem Teil der Gemeinden einen Kostenschub verursacht. Fazit: Es wird teurer, aber nicht besser.

Für eine politische Schelte und die Beleuchtung der Kommissionsarbeit in

der KSSG wurde das Umschwenken der Mitte von den Befürwortern zu den Gegnern in der Eintretensdebatte genutzt. Dass der Kantonsrat, mit 87 zu 81 Stimmen, überhaupt auf die erste Lesung eingetreten ist, ist der mangelnden Disziplin und der grösseren Zahl «Abwesender» in den bürgerlichen Reihen geschuldet. Für die zweite Lesung müssen die Reihen geschlossen werden, damit diese unnötige Gesetzesrevision ohne angedrohtes Referendum beendet werden kann.

Mehrkosten für Gemeinden im Asylbereich

Das letzte sozialpolitische Geschäft des Morgens «Harmonisierung der Hilfe für Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommene» (KR-Nr.181a/2022) gab dann nur noch zu wenig Diskussion und keinen grossen Emotionen mehr Anlass. Auch hier wollte Linksgrün ursprünglich das Sozialhilfegesetz anpassen. Da der Regierungsrat aber per 1. Januar 2025 bereits die entsprechende Verordnung geändert hatte, wurde das Vorhaben einstimmig (168 zu 0 Stimmen) abgelehnt. Und auch in diesem Bereich, der Asylfürsorgeverordnung, werden die Mehrkosten bei den Gemeinden anfallen.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP/EDU-FRAKTION

Wohlstandsverwahrlosung am «Tag der Frau»

Am vergangenen Samstag wurde in Zürich einmal mehr der «Tag der Frau» mit einer linksradikalen Demo «gefeiert», wobei dieser Titel doch recht irreführend ist. In Tat und Wahrheit war es nämlich nichts anderes als der «Tag der linken Frau» – kaum eine vernünftig denkende bürgerliche Frau dürfte sich von dem gewalttätigen und schlechtgelaunten Theater, welches am Samstag in der Zürcher Innenstadt aufgeführt wurde, angesprochen gefühlt haben.

Und wie es sich für linke Demonstrationen so gehört, wurde auch dieses Mal wieder randaliert, es kam zu Sachbeschädigungen, Sprayereien und Gewalt. Eine Bewilligung für die Demo wurde nicht eingeholt. Dies machen die linksextremen Veranstalterinnen

jeweils aus Prinzip nicht, wie sie selber zugeben, denn dabei handle es sich um ein «repressives Instrument des Staates» und man lasse sich nicht vorschreiben, wann und wo man demonstriere.

Man kann sich eigentlich keine selbstherrlichere Art vorstellen, rechtsstaatliche Grundsätze mit Füssen zu treten. Und die linke Stadt Zürich? Die akzeptiert dieses Verhalten wie immer und lässt die Demonstrantinnen gewähren, während gleichzeitig jeder Falschparkierer ohne Aussicht auf Kulanz konsequent gebüsst wird. So geht «Rechtsstaat made in Zürich». Werden die Organisatorinnen für den entstandenen Sachschaden zur Rechenschaft gezogen? Es ist nicht davon auszugehen. Mit der Umsetzung des Gegenvorschlags zur An-

ti-Chaoten-Initiative wird mit dieser unsäglichen Missachtung des Rechtsstaats zum Glück bald endgültig Schluss sein.

Der «Tages-Anzeiger» schreibt zur Demo Folgendes: «Die Kundgebung richtete sich ausschliesslich an Flintaq-Personen (Frauen, Lesben, inter, nonbinäre, trans, agender und genderqueer). Cis-Männer sollen fernbleiben, hiess es im Aufruf.» – Mehr als diesen kleinen Abschnitt braucht es nicht, um den Zustand der Wohlstandsverwahrlosung im Kanton Zürich im Jahr 2025 zu beschreiben.

Erfundene Wörter, erfundene Probleme, übertriebene Empörung. Für Normalsterbliche, die jeden Tag aufstehen und ihren Beitrag zu einer funktionierenden Gesellschaft leisten, gleichzeitig aber nicht wissen, wie sie die nächs-

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Die Wunschnummer ist keine Nullnummer



Barbara Grüter
Kantonsrätin SVP
Rorbas

Diesen Montag beschäftigte sich der Kantonsrat mit einer Einzelinitiative von Adolf Flüeli aus Winterthur, der das Begehren stellte, die Versteigerung von Fahrzeugkennzeichen im Kanton Zürich zu optimieren. Nun, als schlauer Fuchs hat Regierungsrat Mario Fehr, der das Strassenverkehrsamt innehat, das Potenzial von beliebten Fahrzeugnummern längst erkannt und lässt «Schnapsnummern» wie beispielsweise ZH 24 für viel Geld versteigern. Damit kann der Kanton Zürich ordentlich «Kohle schaufeln», nämlich ungefähr fünf Millionen Franken pro Jahr.

Was kann hier denn noch optimiert werden? Der Einzelinitiant forderte eine Reihe von Änderungen bei den bestehenden Kennzeichenbedingungen. Namentlich sollten verfügbare Nummern künftig möglichst vollständig und auf dem e-index angeboten werden. Auch sollen Autokennzeichen mit Wunschkombinationen erworben werden dürfen. Zudem sollte der Kanton sich beim Bund einsetzen, dass er eine sechsstellige Kombination behalten darf und dem Bedarf der wachsenden Bevölkerung hingegen dadurch Rechnung getragen werden soll, dass zu Beginn der Nummernkombinationen – anders als heute – auch eine Null stehen darf. So soll ein Potenzial von weiteren 111 111 Kombinationen ausgeschöpft werden können.

Nun, wo eine Geldquelle entspringt, kann der Kanton ja wohl kaum einen Pfropf einschlagen. So waren auch die Voten im Rat von links bis rechts dem Anliegen grundsätzlich positiv gestimmt. Die linke Grüne kann zwar das Anliegen nicht nachvollziehen, sagt aber nicht nein, wenn der Kanton Zürich eine Stange Geld verdienen kann. Auch die Mitteparteien sahen die neuen, attraktiven Möglichkei-

ten von Wunschnummern und Kantonsrat Donato Scognamiglio (EVP) recherchierte smart und schlug Regierungsrat Mario Fehr vor, doch sein Geburtsdatum als ZH 130961 gleich zu reservieren. Für diesen Vorschlag bedankte sich der Regierungsrat mit einem breiten Grinsen und dem Hinweis, dass er von seinem jüngeren Aussehen durchaus Kenntnis habe und korrigierte sein Geburtsjahr von 61 auf 58.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragte dem Kantonsrat aber dennoch, stellvertretend durch Kantonsrat Marcel Suter (SVP), die Einzelinitiative abzulehnen, da sie mit den detaillierten Forderungen zu weit gehe. Der Regierungsrat will aber die Kernanliegen des Einzelinitianten mit einer Ordnungsrevision umsetzen, womit die WAK sich einverstanden erklärte. So sollen nun künftig und ab dem neuen Jahr Kontrollschilder mit Wunschkombinationen wie beispielsweise ein Geburtsdatum oder das Datum des Hochzeitstages gegen eine Gebühr bezogen werden können. Allerdings soll nicht jede Kombination freigegeben werden, damit die bekannten Auktionen von Spezialkombinationen ihren Sinn bewahren und dem Kanton weiterhin viel Geld einbringen können.

Die Kompetenzen der Gestaltung von Nummernschildern obliegt im Übrigen dem Bund, welcher dem Kanton Zürich die Vergabe von siebenstelligen Nummernschildern bereits erlaubt hat. Somit lässt sich festhalten, dass die Kernanliegen der Einzelinitiative mit der vorgesehenen Revision der VAV (Verkehrsabgabeverordnung) aufgegriffen und umgesetzt werden. Daher lehnte der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrates und der WAK die Einzelinitiative mit 160 zu 0 Stimmen schlussendlich ab.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



te Krankenkassenrechnung bezahlen sollen, sind solche Demos der reinste Hohn. Dazu als Abschluss ein weiteres Tagi-Zitat, diesmal von einer Leserin aus der Kommentarspalte: «Weisse Frauen sind in einem der reichsten und sichersten Länder der Welt am Demonstrieren. Welche Probleme kann diese privilegierte Elite haben? War der Weiss-

wein nicht kalt genug?» – Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die Fraktionserklärung als Video:



WORTE DER CO-PRÄSIDENTIN DER SVP STADT ZÜRICH

Zürichs Beamten-Schlaraffenland

Die Stadt Zürich ist daran, ihre bereits üppigen Privilegien für Mitarbeiter der Stadt Zürich weiter auszubauen. Diesmal sind die schwangeren Frauen an der Reihe: Das Stadtparlament wird auf Antrag des Stadtrates demnächst drei Wochen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub beschliessen. Wie kommt es dazu? Das geht so: Die SP reicht einen Vorstoss mit der Forderung ein. Infolge der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat siegen die linken Parteien und überweisen den Vorstoss. Die SVP-Fraktion hatte zusammen mit FDP, Die Mitte und Teilen der GLP das Begehren abgelehnt. Doch der Vorstoss wurde mit 57 zu 51 Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Für wenige statt für alle

Ein vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub in der Stadtverwaltung ist aus mehreren Gründen falsch. Erstens sind bereits heute Regelungen vorhanden. Wenn eine schwangere Mitarbeiterin aus gesundheitlichen Gründen nicht oder nur reduziert arbeiten kann, ist der Arbeitgeber gemäss Obligationenrecht zur Lohnfortzahlung verpflichtet. Daneben greifen auch Kollektivtaggeldversicherungen. Ähnliche Vorstösse auf Bundesebene sind deshalb abgelehnt worden. Zweitens ist der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub auf Bundesebene auch deshalb abgelehnt worden, weil sodann die Beitragssätze für die Erwerbersatzordnung erneut hätten er-

höht werden müssen. Diese mussten erst im Jahr 2021 infolge der Einführung des Vaterschaftsurlaubs von 0,45 auf 0,5 Prozent erhöht werden. Das heisst, eine nationale Lösung wäre eine zu grosse Belastung für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer geworden.

Was national zu teuer ist, soll nun als Privileg für Mitarbeiterinnen der Stadt Zürich eingeführt werden? Das ist natürlich unhaltbar! Und das ist der dritte Grund: Ein solches Privileg ist abzulehnen. Der Ausbau des Beamten-Schlaraffenlandes müsste nämlich der Stadtzürcher Steuerzahler bezahlen. Und das Schlaraffenland ist bereits heute üppig: Zum Beispiel sechs zusätzliche Betriebsferientage zusätzlich zu vier bis sechs

Wochen Ferien je nach Alter und Funktion, Mobilitätsbeitrag von bis zu 600 Franken pro Jahr, Verpflegungsvergünstigungen, vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Dies, um nur einige «Zückerli» aus der langen Liste zu nennen.

Missbrauch von Steuergeldern zulasten von KMU

Und viertens setzen solch steuerfinanzierte, grosszügige Arbeitsbedingungen Gewerbe und KMU immer weiter unter Druck. Dies stellt im Kern einen Missbrauch von Steuergeldern dar. Verwaltungen müssten sich bei sozialstaatlichen Leistungen an die gesetzlichen Anforderungen und deren Minima halten. Denn sie bewegen sich nicht

in der Privatwirtschaft, nein, sie bezahlen dies mit Steuergeld. Verwaltungen leisten sich so einen unfairen Wettbewerb, finanziert vom Steuerzahler, vom Gewerbe und der Wirtschaft. Aus diesen Gründen muss die SVP an den Gemeinderatswahlen vom März 2026 zulegen. Damit solche Politik künftig im Parlament gestoppt werden kann!



von
Susanne Brunner

DEFINITIVE ABSTIMMUNG IM MAI

Fusionieren Pfäffikon und Wildberg?

Die Grössenverhältnisse zwischen den beiden Gemeinden sind eigentlich klar: Wildberg hat gut 1000 Einwohner, Pfäffikon 12 700. Der Wildberger Gemeindepräsident Dölf Conrad (SVP) und sein Pfäffiker Amtskollege Marco Hirzel (parteilos) skizzierten an zwei Veranstaltungen die Pläne für eine Fusion ihrer beiden Gemeinden. Wildberg will fusionieren und hat mit Pfäffikon einen möglichen Partner gefunden.

RW. Der Gemeinderat Pfäffikon hat auf die Anfrage der Gemeinde Wildberg beschlossen, eine Fusion näher zu prüfen. Die Anfrage decke sich mit dem gemeinderätlichen Legislaturziel, die regionale Zusammenarbeit zu fördern.

Bald ein Stadtparlament?

Die beiden Gemeindepräsidenten sind die Hauptprotagonisten dieser Fusion.

Sie erachten den Zeitpunkt nun als richtig. Pfäffikon ist mit seinen 12 700 Einwohnern – was die Bevölkerungszahl angeht – zur «Stadt» geworden; eine Etappe, bei der manche Gemeinden ein Gemeindeparlament eingeführt haben. Pfäffikon ist jedoch trotz prägnantem Bevölkerungswachstum bei der Gemeindeversammlung geblieben. Vorstösse für ein Gemeindeparlament wurden stets deutlich abgelehnt, aber von den Lin-

ken begrüsst. Diese Diskussionen werden neu aufkommen und der jetzige Gemeindepräsident wird schon bald zum Stadtpräsidenten.

Einerseits hat der Gemeindepräsident von Wildberg gute Gründe, warum er sich Pfäffikon anschliessen will. Aus seiner Sicht gibt es für das kleine Dorf kaum eine andere Möglichkeit. In Pfäffikon sind auch andere Stimmen zu hören. Weshalb soll Pfäffikon neue Aufgaben übernehmen, wenn schon die bisherigen teilweise nicht funktionieren? Der Druck auf Steuererhöhungen wächst, auch wenn das die Verantwortlichen noch weit zurückweisen.

Wildberg stimmt einer Fusion zu Gemeinden innerhalb des Tösstals – Turbenthal und Wila – kritisierten Wildbergs Vorgehen. Sie erinnerten an die gemeinsame Geschichte und erhofften sich auch eine gemeinsame Zukunft. Turbenthal und Wildberg bilden beispielsweise eine gemeinsame Sekundarschulgemeinde.

Aber 365 Stimmberechtigte sagten Ja zu einer Fusion mit Pfäffikon, 101 Personen legten ein Nein in die Urne. Die Stimmbeteiligung betrug 65,3 Prozent. Jene Argumente, die auf der Pro-Seite am besten abgeschlossen haben, waren niedrige Steuern und eine gute Infrastruktur. Alles ist nun mit der Abstimmung infrage gestellt.

SVP-Nein

Nun wird das Pfäffiker Stimmvolk im Mai definitiv über die Fusion entscheiden. Die SVP-Sektion hat dazu ein klares Nein beschlossen.



Wenn auch die Gemeinden Pfäffikon und Wildbach aneinander grenzen, gibt es durchaus kritische Aspekte, die gegen eine Fusion sprechen. Bild: GIS-ZH

GRENZSCHUTZ-INITIATIVE

Asylmissbrauch: Die Schweiz muss endlich handeln!

Die Asylpolitik von Mittelinks gefährdet die Sicherheit unserer Bevölkerung: Es vergeht kaum ein Tag ohne schwere, von Asylmigranten begangene Straftaten.

Bundesanwalt Stefan Blättler schildert die dramatische Entwicklung der organisierten Kriminalität und die stark gestiegene terroristische Bedrohung in der Schweiz. Er warnt vor Zuständen wie in Schweden oder Belgien.

Die Schweiz versinkt im Asylchaos: Gemeindevertreter schlagen Alarm und berichten über gravierende Probleme und Missbräuche im Asylwesen. Kantone und Gemeinden schreiben verzweifelte Briefe an den Bundesrat. Der Schweizerische Gemeindeverband teilt via Medien mit, dass die Gemeinden vor dem Kollaps stehen.

Und was tut der zuständige Bundesrat, SP-Asylvorsteher Beat Jans? Er verweigert systematische Grenzkontrollen, toleriert Asyltourismus durch sichere Drittstaaten in die Schweiz und lässt den Missbrauch unseres Asylsystems zu. Statt dem endlich einen Riegel zu schieben, erzählt Asylvorsteher Jans, syste-

matische Grenzkontrollen würden nichts nützen. Länder wie Deutschland beweisen das Gegenteil: 60% weniger illegale Migration und 30% weniger Asylgesuche dank Grenzkontrollen!

Sie haben genug von diesem Asylchaos? Dann unterschreiben Sie JETZT die Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» und überzeugen Sie Ihre Familie, Freunde, Bekannten und weitere Schweizerinnen und Schweizer, dasselbe zu tun.

Sie haben keine Zeit, die Unterschriften selber zu sammeln? Kein Problem! Mit «Flyer überall» (www.grenzschutz-initiative.ch/flyer-ueberall/) können Sie bequem online mit wenigen Mausklicks den Versand von Unterschriftenbögen in alle Briefkästen einer Gemeinde sponsern. Ab 30 Franken können Sie etwas bewirken! Auch das Teilsponsoring einer Gemeinde ist möglich. Machen Sie mit – die Schweiz dankt es Ihnen!



Jede Stimme zählt – unterstützen Sie die Grenzschutz-Initiative noch heute! Bild: SVP Schweiz

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Freiheit zuerst!

Ein Abend zu aktuellen politischen Themen mit alt Bundesrat Ueli Maurer



Mittwoch, 19. März, 20 Uhr
historischer Löwen-Saal
Hausen am Albis

SVP Bezirk Affoltern

design by Adrian Wegmann - awob.ch



Nebenamtliche/r Richter/in mit Hauptsprache Deutsch

Bundesgericht

mobil und Homeoffice / 15 – 20%

Eintrittsdatum: 1. Juli 2025 oder nach Vereinbarung
Bewerbungsfrist: 2. April 2025
Referenz-Nr.: JRQ\$540-13926

Diesen Beitrag können Sie leisten:

- Referate erarbeiten und an den Entscheiden des Bundesgerichts flexibel mitwirken

Das macht Sie einzigartig:

- Fundierte juristische Ausbildung und umfassende Rechtskenntnisse, idealerweise mit vertieften Kenntnissen im Strafrecht
- Mehrjährige Erfahrung im Justizbereich, vorzugsweise an einem Gericht oder in einer Advokatur
- Hohe zeitliche Flexibilität
- Beherrschung der deutschen Sprache sowie gute Kenntnisse einer zweiten, ev. einer dritten Amtssprache
- Schweizerische Staatsangehörigkeit

Detaillierte Informationen zu dieser Stelle finden sie mit dem Ref. Code JRQ\$540-13926 unter www.stelle.admin.ch oder mittels QR-Code:



SVP BEZIRK HINWIL

Startschuss für die Gemeindewahlen 2026

Als eine der ersten Bezirksparteien machte die SVP des Bezirks Hinwil den Startschuss für die Gemeindewahlen 2026. Die Bevölkerung folgte der Einladung, um spannende Vorträge zu hören, sich über kommunalpolitische Themen auszutauschen und sich für ein Engagement in Behördenämtern zu motivieren.



Seraina Billeter
Gemeinderätin und
Präsidentin SVP Bubikon
Bubikon

Am Samstag, 8. März 2025, lud die SVP des Bezirks Hinwil zu einer Veranstaltung auf den Hof Blaser in Hinwil ein, um die Weichen für die Gemeindewahlen 2026 zu stellen. Zahlreiche Interessierte, darunter Vorstandsmitglieder,

Ortsparteipräsidenten sowie potenzielle zukünftige Behördenmitglieder, folgten der Einladung und nahmen an einem informativen und geselligen Anlass teil.

Hochkarätige Referenten zu wichtigen Themen

Bereits ab 8.30 Uhr trafen die ersten Gäste ein, bevor der offizielle Start um 9.00 Uhr erfolgte. Die Veranstaltung bot eine Plattform für spannende Vorträge hochkarätiger Referenten. Kinderarzt Dr. Hannes Geiges aus Rüti beleuchte-

te die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Bildung, während Finanzdirektor Ernst Stocker die finanzielle Lage des Kantons und deren Auswirkungen auf die Gemeinden erläuterte. Ein besonderer Höhepunkt war der Beitrag von Alt Bundesrat Ueli Maurer, der über Migration sprach und aufzeigte, welche Herausforderungen sich daraus für die Gemeinden ergeben.

Mitgliedergewinnung, Milizpolitik und Parteipräsenz

Neben den Vorträgen standen Kurzreferate und Diskussionsrunden auf dem Programm. Hierbei ging es vor allem um Mitgliedergewinnung, Motivation für ein Engagement in Behörden sowie die Bedeutung einer starken Parteipräsenz auf lokaler Ebene. Letzteres erläuterte Parteipräsident Domenik Ledergerber in einer prägnanten Rede. Markus Stalder der Rechnungsprüfungskommission Wald schilderte seine Sicht als Gewerbler in der Politik, während Elmar Hüppi aus Gossau und Thomas Stauber, Gemeinderat Rüti, spannende Inputs aus der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Politik schilderten. Seraina Billeter, Gemeinderätin Bubikon, berichtete authentisch über die Herausforderungen in einem Behördenamt.

Nach dem offiziellen Teil bot sich beim gemeinsamen Mittagessen mit Wurst und Brot die Möglichkeit, den Austausch weiterzuführen. Die SVP des Bezirks Hinwil schaut den kommenden Kommunalwahlen optimistisch und mit grossem Tatendrang entgegen.



Die anwesenden Teilnehmer lauschten gespannt den Ausführungen des Bezirkspräsidenten René Schweizer.

Bild: Seraina Billeter

SVP BONSTETTEN

Sessionsbesuch in Bern

Auf Einladung von Nationalrätin Barbara Steinemann durften Mitglieder und Sympathisanten der SVP Bonstetten letzten Mittwoch das Bundehaus besuchen.



Claude Willemin
Präsident SVP Bonstetten
Bonstetten

Mit dem Zug ging es Richtung Bern. Pünktlich hat uns die Gastgeberin empfangen: eine kleine Führung durch das Gebäude und ein wenig Geschichte in der Eingangshalle, bevor es Richtung Saal des Nationalrates ging. Von der Tribüne aus konnten wir feststellen, dass viele Stühle leer waren. «Es sei oft so, wenn eine Initiative zur Debatte stehe. Heute geht es um die Erbschaftsteuer-Initiative der Juso, und die Fraktionen haben ihre Redner delegiert», sagte Bar-

bara Steinemann. Über 80 Ratsmitglieder waren auf der Liste der Votanten eingetragen. Die Linke hatte «alles» angeboten, was Rang und Namen hat, um der Juso den Rücken zu stärken. Die Mehrheit der Redner aber hat dem Nationalrat diese Initiative zur Ablehnung empfohlen. Die Debatte wird nächste Woche fortgesetzt und am Tag der Abstimmung im Rat werden bestimmt alle Stühle besetzt sein! Die SVP Bonstetten wird im Herbst ein Podium zu diesem Thema organisieren.

Bundesratswahlen von grossem Interesse

Die Zeit auf der Tribüne ging schnell vorbei und das Nachtessen im Café des Alpes stand bereit. Während des Essens wurde heftig über das Erlebte im Na-

tionalrat diskutiert. Zum Nachtessen ist auf Einladung der Sektion NR Martin Haab zu uns gestossen. Beide Nationalräte wurden mit Fragen betreffend die Bundesratswahl vom 12. März 2025 bombardiert. Eine Prognose sei fast unmöglich, da die Fraktionen ihre Empfehlung noch nicht gefasst hätten. Martin Haab würde am liebsten Markus Ritter mehrmals auf den Zettel schreiben, weil er vermutet, dass es eine enge Wahl geben wird. Als Präsident des Zürcher Bauernverbandes unterstützt er klar Markus Ritters Kandidatur.

Nach einem spannenden Nachmittag und einem Dankeschön an Barbara Steinemann ging es mit dem Zug wieder Richtung Bonstetten. Die 20 Teilnehmer nahmen bestimmt viele neue Eindrücke mit nach Hause.



v.l.n.r.: Martin Haab, Nationalrat SVP; Claude Willemin, Präsident SVP Bonstetten; Barbara Steinemann, Nationalrätin SVP.

Bild: SVP Bonstetten

GLAUBWÜRDIGKEIT STATT GEHEIMHALTUNG

Volle Transparenz

«Was halten Sie von den Gesprächen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump, seinem Vize JD Vance und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyi? Wie konnten diese angeblichen Friedensverhandlungen so unfriedlich verlaufen und eskalieren?», werde ich oft gefragt.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Ich kenne diese Art amerikanischer Verhandlungen aus dem Geschäftsleben. Die alte Cowboy-Mentalität der Amerikaner ist unverkennbar, denn sie ziehen gerne den Colt. Da muss man ihn als Verhandlungspartner mindestens ebenso schnell ziehen, das heisst genauso gute oder bessere Argumente haben. Die Amerikaner haben Widerspruch gar nicht so ungern.

Als die offizielle Schweiz 1996/97 unter dem Druck der Ostküste der USA auf unsere Banken einbrach, fragte mich ein amerikanischer Parlamentarier: «Was ist los mit Euch Schweizern? Euer Ruf von früher: pickelharter Verhandler! Und heute? Ihr brecht

schon ein, bevor die Verhandlung beginnt.»

Was wir kürzlich am Fernseher erlebten, ist für amerikanische Verhandlungen nicht so besonders. Besonders ist höchstens, dass die undiplomatisch geäusserten Meinungsverschiedenheiten vor laufenden Kameras und vor aller Welt ausgetragen werden. Beabsichtigte oder unbeabsichtigte Transparenz? Jedenfalls das Gegenteil der möglichst grossen Verheimlichung, wie sie heute oft in Wirtschaft und Politik zelebriert wird.

Ich meinerseits habe mich wirtschaftlich, politisch, sogar im Privatleben für Transparenz entschieden. Volle Transparenz ist einfacher und glaubwürdiger als Geheimhaltung. Darum habe ich auch öffentliche Bundesratssitzungen gefordert. Das schafft Vertrauen. Lecks und Indiskretionen wären nicht mehr möglich. Wer nichts zu verbergen hat, muss die Transparenz nicht fürchten.

Freitag, 21. 03. 2025

Einladung zum Politapéro

Der Vorstand der SVP Kreis 10 lädt Sie zu einem Politapéro ein.

Freuen Sie sich auf eine fesselnde interaktive Diskussion mit Nationalrat Andreas Glarner. Moderation, Gemeinderat Johann Widmer.

Das Thema Einfluss des Schweizer Asylwesens auf die Stadt Zürich und das Problem der Gewalttäter mit Migrationshintergrund in Zürich.

Gerne können Sie auch noch ein Nachtessen mit nächstlichen Köstlichkeiten im Restaurant Damas Josefstrasse geniessen.



- Programm:
- 18:00 – 18:30 Begrüssung und Apéro
 - 18:30 – 19:30 Podiumsdiskussion mit NR Andreas Glarner mit Fragerunde
 - 19:30 – 22:00 Nachtessen, gemütliches Beisammen

Ort: Restaurant DAMAS Josefstrasse
Josefstrasse 151, 8005 Zürich



SVP Zürich Kreis 10



EU - Rahmenvertrag

Podiumsdiskussion

8. April 2025 20:00 Uhr

(Türöffnung 19:30 Uhr)

grosser Mönchhofsaal

Die Gelegenheit, sich von den Gegnern und Befürwortern des Vertrages direkt informieren zu lassen und deren Argumente zu hören. Welche Vor- und Nachteile bringt der Vertrag für die Schweiz und was kostet er uns.

Moderation und Durchführung des Anlasses

SVP-Mönchaltorf

Pro

Paul Sailer

glp Mönchaltorf

Director Beratung
Gesundheitswesen PwC



Contra

Mauro Tuena

SVP Zürich

Nationalrat
Kleinunternehmer



Ablauf der Veranstaltung

Beginn mit den Statements der beiden Vertreter
Fragen aus dem Publikum und dem Moderator
Kleiner Apéro im Anschluss



SVP-Mönchaltorf www.svp-moenchaltorf.ch

Fadegrad



von Tobias Infortuna

Zurück in die Steinzeit

Die Mehrheit des Kantonsrates hat neulich beschlossen, dass der Kanton Zürich bereits im Jahr 2040 klimaneutral sein muss. Was das genau bedeutet, weiss niemand. Sicher aber ist, dass es für Autofahrer, Fleischnesser, Hausbesitzer und auch Mieter ungünstlich wird. Mit dem beschlossenen neuen Energiegesetz muss der Kanton Zürich betreffend CO₂-Ausstoss den Bund, der sich das Jahr 2050 als Ziel für Klimaneutralität gesetzt hat, überholen – aber bitte nur mit dem Velo. Autos sollen nur noch ohne Benzin oder Diesel fahren dürfen. Für Zürich gilt also, dass bis 2040 bei jedem Haus zahlreiche Ladestationen für E-Mobile bereitstehen müssen. Wer wird das bezahlen? Die Grüne Partei jedenfalls nicht. Richtig lustig wird es nun aber, weil der Kanton Zürich ab 2040 auch keinen Atomstrom mehr verwenden darf. Das heisst, wir alle müssen Ladestationen installieren für Strom, der gar nicht vorhanden sein wird. Deutschland liefert mit seiner gescheiterten Energiewende das beste Beispiel dazu. Seit dem Atomausstieg muss unser Nachbarland von Jahr zu Jahr mehr Strom importieren – Atomstrom aus Frankreich. Aber Zürich wird ab 2040 nicht einmal mehr das tun dürfen, sondern wird komplett ohne Atomstrom funktionieren müssen – oder eben nicht funktionieren. Sammeln Sie also schon einmal Kerzen. Der Ansturm auf WC-Papier während Corona wird dagegen harmlos gewesen sein. Mit dem Flugzeug in die Ferien? Nicht mehr ab Kloten. Ein saftiges Stück Fleisch auf dem Grill? Ich bitte Sie, kommen Sie zurück auf den Boden der Realität, Fleisch ist nämlich nicht CO₂-neutral. Immerhin sparen Sie dann Zeit beim Lesen der Speisekarte im Restaurant, wenn es nur noch vegane Menüs gibt. Alles CO₂, das nicht durch Verbote verschwinden kann, wird mit sinnlosen Projekten in Drittweltländern kompensiert werden müssen. Zum Beispiel Elektroautos für Menschen, die lieber genug zu essen hätten. Ein milliardenteurer Ablasshandel, der wunderbar zu diesem sektenhaften Gesetz passt. Dieses Energiegesetz, gegen das die SVP zum Glück das Referendum ergriffen hat, bringt uns die genussfreie Welt, die sich die Grünen und Linken wünschen. Einmal mehr stimmten auch die nicht liberalen Grünliberalen und die grüne Mitte für die künftigen Verbote. Somit werden wir ab 2040 wieder in Höhlen wohnen. Ist doch gemütlich, abends um das Feuer zu sitzen und einen Tofu-Cervelat zu bräteln, nicht? Der einzige Unterschied zur Frühzeit wird der sein, dass der Erfinder des Rades nicht gelobt, sondern bereits nach fünf Minuten mit einer Parkbusse bestraft würde.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Dunkle Wolken über dem Schlaraffenland Stadt Zürich

Wer das Leben auf Kosten der Steuerzahler bestreiten will, zieht nach Zürich. Die Auswüchse der linken Klientelpolitik haben ein unerträgliches Mass angenommen. Statt die echten Probleme der Stadt zu lösen, beschäftigt sich das Zürcher Stadtparlament mit immer neuen dekadenten Vergünstigungen für seine Klientel.



Johann Widmer
Gemeinderat und Präsident
SVP Zürich Kreis 10
Zürich

Die absolute linke Mehrheit im Stadt- sowie Gemeinderat betreibt in dieser Legislatur eine eigentliche Klientelpolitik. Kein Wunder, dass Stadtpräsidentin Corine Mauch vermelden kann: «Unsere Umfrage zeigt: Die Bewohner der Stadt sind zufrieden mit unserer Politik.» Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse wirkt auch die Ausgabenbremse nicht mehr, was einen Anstieg des Budgets um 1,7 Milliarden Franken (über 20%!) in den letzten drei Jahren bewirkte. Die «Leistungsbilanz» der Linken auf Kosten der Steuerzahler ist eindrücklich: Angestrebt werden beispielsweise die 35-Stunden-Woche für die Verwaltung und Gratisduschen beim See. Eingeführt sind bereits die Menstruationsferien für städtische Angestellte, üppige «fringe benefits», vom Steuerzahler bezahlte «vergünstigte Wohnungen», Velorouten, die nie fertig werden und immer mehr Personal benötigen, Abbau von Parkplätzen, Verteuerung der Parkplatzgebühren, Anstrengungen zur Vertreibung des Autos, städtische Luxusbauten, 25000 Franken für «Frauenprojekte» und viele weitere solche Angebote. Das Schlaraffenland für die linksgrünen Wähler wird gut bedient. Nicht, dass wir den Mitarbeitern und der linken Klientel der Stadt Zürich das nicht gönnen mögen, darum geht es nicht. Wenn hingegen die hart arbeitenden «Chrampfer» des Mittelstandes auf Wunsch des Gemeinderates noch härter und länger arbeiten müssen, um das alles zu bezahlen, dann stimmt etwas nicht mehr.

Die wahren Probleme bleiben unbearbeitet
Die eingangs erwähnten linksgrünen Anliegen werden denn auch im Gemeinderat ausgiebig diskutiert. Die Linksgrünen können sich stundenlang selber zuhören, wenn sie von ihrer Güte und Weisheit gegenüber der eigenen Klientel schwärmen. Die Liste der Vergünstigungen wird immer länger, die Kosten dafür immer höher. Um die wahren Probleme der Stadt und deren Bevölkerung kümmert sich nur die SVP. Mit Vorstössen, Referenden und Initiativen bringt sie viele der

missratenen Geschäfte der linken Übermacht an die Urne. Denn letztlich ist der Stimmbürger immer noch der Chef der Politiker. Besonders krass ist die Zunahme der Gewalt auf Pausenplätzen der Schulen und auf den Strassen Zürichs. Eine Interpellation der SVP brachte es zutage: Die Zunahme der Gewalt ist unter der Herrschaft der Linken regelrecht explodiert. Die Täter werden immer jünger und stammen vorwiegend aus Nordafrika. Die zuständige Stadträtin Karin Rykart meinte lapidar: «Wir haben ein Konzept.» Das Konzept, das vorwiegend aus Kuscheljustiz und «Integration» besteht, scheint aber nicht gut zu sein oder ist sogar kontraproduktiv. Die Täter kümmert dieses Konzept wenig. Statt dieses Problem grundsätzlich anzugehen und eine härtere Gangart anzuschlagen, die jungen Täter von den

Schulhöfen zu nehmen und gesondert in Anstalten zu beschulen, wird uns der Vorwurf gemacht, solche Lösungen seien rassistisch. Was muss noch geschehen, bis auch die Linken aufwachen? Aktuell kümmern solche Probleme die Linken wenig – viel wichtiger ist es, dass man vor den Wahlen noch möglichst viele Vergünstigungen für die eigene Wählerschaft ermöglicht. Ganz anders die SVP-Fraktion: Sie schaut hin und bietet als einzige Partei jederzeit Hand für echte Lösungen von echten Problemen in dieser Stadt.



Die Stadt Zürich als Schlaraffenland für linksgrüne Wähler. Bild: Adobe Stock



MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR

SVP Winterthur fordert vom Stadtrat die Verfolgung von Rechtsbrechern

Am Freitagabend sind in Winterthur anlässlich einer unbewilligten Demonstration zum «Tag der Frau» in der Altstadt zahlreiche öffentliche und private Gebäude verschmiert worden. Gemäss Medienmitteilung der Stadtpolizei ist die Demonstration erst nach eineinhalb Stunden aufgelöst worden. Von Verhaftungen ist keine Rede.

Die SVP ist konsterniert. Wie bei der unbewilligten Demonstration im November wurde die Demonstration nicht aufgelöst. Einzig die Bedrohung der Fasnacht scheint die Stadtpolizei zum Ein-

greifen bewogen zu haben, soweit nach eineinhalb Stunden die Demonstration nicht kurz vor dem Ende war. Über die Durchführung der Demonstration war die Stadt nicht überrascht,

hat sie doch Anwohner und Geschäfte ganze drei Wochen im Voraus gewarnt.

Anarchie mit des Stadtrates Segen
Offenbar ist die politische Führung der Stadtpolizei nicht gewillt, in Winterthur Recht und Ordnung durchzusetzen. Dazu Stadtparlamentarier Marco Graf, Präsident der SVP Winterthur: «Linksradikale geniessen in Winterthur offenbar den besonderen Schutz des Stadtrates. Die Ladenbesitzer und Steuerzahler haben die Kosten dafür zu tragen.» Das Verhalten des Stadtrates entspricht jenem bei der Demonstration vom November, welche die SVP zu einer Interpellation veranlasst hat. Die Fragen sind nach wie vor sehr aktuell. Es stellt sich auch wieder die Frage, ob Officialdelikte nicht verfolgt werden. Das Strafgesetzbuch definiert in Arti-

Grundrechte ausüben, aber rechtskonform
Die SVP fordert ein Ende der unbewilligten Demonstrationen in Winterthur. Demonstrationen sind ein Grundrecht und werden von der Stadtpolizei bewilligt. Es gibt keine Gründe, eine Demonstration ohne Bewilligung durchzuführen, ausser man beabsichtigt von vornherein, gegen das Gesetz zu verstossen. Die Durchführung und die Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration sind verboten. Es ist unverständlich, dass der Stadtrat seiner Aufgabe, für Ordnung zu sorgen, nicht nachkommt. Unbewilligte Demonstrationen sind auch dann aufzulösen, wenn der politische Inhalt dem Stadtrat sympathisch ist. Die Verantwortlichen und die Teilnehmerinnen sind zur Rechenschaft zu ziehen.



Die SVP fordert ein Ende der unbewilligten Demonstrationen in Winterthur, welche meistens mit Sachbeschädigungen einhergehen. Bild: Marco Graf

LESERBRIEF

Wehrfragen

Im Zürcher Hauptbahnhof zeigten die Uhren an einem Samstag vor ein paar Wochen 08.00 Uhr statt 11.15 Uhr. Es gab vermutlich einen Kabelbrand, der einen Teil des Bahnhofes erfasste und die Stromversorgung der Aufzüge und Rolltreppen und die Beleuchtung und den Betrieb der Ladengeschäfte und der Apotheke beeinträchtigte. Das heutige Leben ist durch viele Unwägbarkeiten bedroht, man muss auch mit vielen technischen Ausfällen rechnen und zur Abwehr durch Fachleute wie Polizei und Feuerwehr und technische Dienste gerüstet sein.

Rüstung ist in diesem Sinne überlebenswichtig.

Wegen der Abkehr der USA von Europa sind nun die europäischen Staaten selber verantwortlich für eine angemessene zweckmässige Aufrüstung und Neuausrichtung der Politik, die auch eigenen politischen Handlungsweisen Raum gibt im Sinne einer geordneten wirtschaftlichen Entwicklung mit Russland und der Ukraine für den Wiederaufbau.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel mit Rohstoffen und Erzeugnissen aller Art vom Atlantik bis nach Sibirien und China hilft, die vielen politischen Gegensätze zu überwinden. Man muss endlich mit dem Kampf mit militärischen Mitteln aufhören, damit Westeuropa erhalten bleibt. Europa kann beim gemeinsamen Wiederaufbau der Ukraine wichtige Produkte liefern und wirtschaftliche Leistungen erbringen und so seine Volkswirtschaften stabilisieren und den Wohlstand fördern.

Wenn nicht innert weniger Monate eine Waffenruhe zustandekommt, ist leider damit zu rechnen, dass dann ganz Westeuropa Kriegereignisse ertragen muss und auch zerstört wird. Man muss nun die Gunst der Stunde nutzen und eine Waffenruhe verhandeln, verbunden mit dem Wiederaufbau und der Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit den Konfliktstaaten.

Der Konflikt ist eigentlich ein Bürgerkrieg, als Soldat des Kalten Krieges kannte ich nur die Sowjetunion und den Warschauer Pakt als Gegner, die Ukraine war ein wichtiger Teil der UdSSR. Man wusste als junger Mensch sehr wenig über den Osten und seine Ge-

schichte. Es war alles ganz einfach und klar.

Man wusste nichts von der Kolonialpolitik von Polen/Litauen in der Ukraine und kannte den schwedisch-russischen Krieg nicht. Der Reichtum des Adels von Polen mit seinen Schlössern war das Ergebnis der Ausbeutung der Ukraine mit ihren einfachen Bauern. Nach Poltava kam die Ukraine unter die russische Oberhoheit und wurde später von Stalin industrialisiert und hatte auch sehr schwerwiegende Ereignisse mit Tod und Verderben für die Bevölkerung unter Stalin zu ertragen.

Die Städte der Ukraine waren nur von relativ wenigen Ukrainern bewohnt, der grosse Teil der Städter waren ausländische Bürger, Kaufleute und auch viele jüdische Kaufleute und auch viele Polen und katholische Geistliche. Als vorherrschende Sprache galt die russische Sprache als Kultursprache, die ukrainische Sprache war damals eher die Sprache des einfachen Volkes auf dem Land. Sie hatte nicht einen grossen Einfluss für die Kultur, die von der russischen Kultur geprägt war. Auch die orthodoxe Kirche war eng mit Russland verbunden.

Es ist sehr schwierig, die heutigen Ereignisse für die Bevölkerung mit der Waffenruhe und dem Wiederaufbau auszugleichen. Nur ein rascher Wiederaufbau und eine Gewährung von Menschenrechten für die Bevölkerung mit Eingliederung in die russische Machtorganisation kann eine friedliche, rasche wirtschaftliche Entwicklung zum Wohlstand bringen.

Westeuropa muss sich politisch beschränken und zurückziehen, aber die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland und den Nachfolgestaaten der UdSSR rasch verbessern. Andere Handlungsweisen führen zum völligen Untergang von Westeuropa unter dem Bedauern der USA, China und der übrigen Staatenwelt, die sowieso keine grosse Freude am Gedeihen von Europa haben.

Wird aber auf die wirtschaftliche «Karte» gesetzt, so ergeben sich viele interessante Geschäftsmöglichkeiten, die allen Beteiligten nützen und die schwierige wirtschaftliche Lage sofort beenden. Es ist somit eine neue wirtschaftliche, gegenseitige Sicherheitsarchitektur aufzubauen, verbunden mit

einer gegenseitigen vernünftigen Rüstungsbeschränkung.

Das Militär kann schon aufgebaut werden mit einer Kampftruppe von etwa 150 000 Mann, die weiteren Soldaten mit Wehrpflicht sollten jedoch eine grosse Anzahl von ausgebildeten Fachsoldaten umfassen, welche vor allem für die Naturgefahren, Feuer, Wasser, Klimaereignisse, behelfsmässiger Eisenbahnbau, behelfsmässiger Brückenbau, Strassenbau eingesetzt werden, damit Schäden sofort innert Monaten und nicht innert zehn Jahren repariert werden können. Der Bestand sollte nach einigen Jahren etwa 500 000 Fachsoldaten der verschiedenen Altersklassen umfassen, welche im Milizsystem nach Bedarf aufgebildet werden können und die umfassend ausgerüstet sind für alle Aufgaben, auch für den Sanitätsdienst bei Katastrophen. Es muss Ingenieurskorps und Ärztekorps für alle Anforderungen geben.

Die militärische Organisation löst die provisorischen Reparaturaufgaben und übergibt sie dann nach einer gewissen Zeit der Zivilbehörde, welche dann den Wiederaufbau durchführt. Es braucht alle Arten von Baumaschinen in diesen Fachtruppen, Schiffe aller Art, auch Helikopter aller Grössen, Flugzeuge aller Art, Wasserflugzeuge, die auf Seen oder im Überschwemmungsgebiet und auf unbefestigten Pisten eingesetzt werden, und Lastwagen aller Grössen. Wir müssen mit vielen schweren Unwettern rechnen, die früher als unmöglich erachtet wurden. Hier muss man bereit und gerüstet sein. Mit diesen Rüstungsaufträgen für den Schutz der Zivilbevölkerung kann sich auch die Wirtschaft etwas erholen.

Sollte keine Einigung erzielt werden, so müssen die Staaten eben nach ihren eigenen Interessen handeln und auch aus Verträgen austreten. Meines Erachtens ist der Untergang von Europa nah, wenn einfach weiter Krieg geführt wird. Die Schweiz muss ihre Interessen wahren und wird viele neue Aufgaben selber mit grossem Aufwand lösen, für die früher andere Staaten Hilfe geleistet haben.

Dr. Hans-Ulrich Jucker, Zürich

SVP ERLENBACH

Vortrag von SVP-Nationalrat Andreas Glarner im Gasthof Rössli

Dem Vorstand der SVP Erlenbach gelang es, Nationalrat Andreas Glarner für einen Vortrag am letzten Donnerstagabend in Erlenbach zu gewinnen, der allen Interessierten offenstand.

Die anwesenden Personen, viele aus der Umgebung und auch einige von ausserhalb, waren von der sachlichen Darstellung einer Vielzahl der Aktionen des Aargauer Nationalrates innerhalb

der letzten 27 Jahre sichtlich beeindruckt und sehen die gegen ihn in den linken Mainstream-Medien erhobenen Angriffe nun vielleicht in einem etwas anderen Licht.

Der zeitlich erste erwähnte Fall war wohl die Ermordung der 20-jährigen Pasquale Brumann in Zollikerberg. Glarners Angriff auf den damaligen Zürcher Justizdirektor Moritz Leuenberger wurde vom «Tages-Anzeiger» nicht goutiert, heute sieht er das aber etwas anders. Der jüngste erwähnte Fall war der «Gender-Tag» im Mai 2023 an einer Schule in Stäfa. Hier war es der «Blick», der Glarner massiv angriff. Wie aktuell dieser Fall immer noch ist, zeigt sich daran, dass der «Blick» sich am Tag nach der Veranstaltung genötigt sah zu publizieren, dass er vom Presserat gerügt wurde.

Die Veranstaltung zeigte auf, dass es zu den Aufgaben einer Partei gehört, zu ihren Ansichten zu stehen und diese auch – natürlich im Rahmen der gesetzlich garantierten Redefreiheit – zu äussern. Dass dies im Umfeld unserer linken Mainstream-Presse nicht immer ganz so angenehm ist und dass die SVP allen Grund hat, Andreas Glarner für seinen Mut und seine Hartnäckigkeit dankbar zu sein, war am Ende seines Vortrags allen Anwesenden klar.

Jessica Herrmann, Präsidentin SVP Erlenbach, Erlenbach



v.l.n.r.: Andreas Glarner, Nationalrat SVP; Jessica Herrmann, Präsidentin SVP Erlenbach; Sandro Subotic, Vorstand SVP Birmensdorf. Bild: SVP Erlenbach

SVP DIETIKON

Gemeinderatspräsident 2025/26: Koni Lips

Am 6. März 2025 wurde Gemeinderat Koni Lips mit 29 von 30 Stimmen zum Gemeinderatspräsidenten 2025/26 gewählt.



Rochus Burtscher
Kantonsrat und Präsident
SVP Dietikon
Dietikon

Unser Koni wurde von der Trychlergruppe Dietikon herzlich im Foyer des Stadthauses empfangen. Anschliessend spielte die Stadtmusik Dietikon mehrere Musikstücke zum Apéro für den höchsten

Dietiker. Und, wie es sich für einen SVPler gehört, feierte er mit der Bevölkerung mit «Ghacktes mit Hörnli und Öpfelmus». Fein wars!

Der Vorstand der SVP Dietikon gratulierte Koni zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg beim Leiten der Gemeinderatssitzungen. Bei seiner Antrittsrede erwähnte er zudem, dass er kein Mensch der langen Worte sei und – sollte sich einer oder eine der Gemeinderäte danebennehmen – er nicht davor zurückschrecke, ihn oder sie des Saales zu verweisen.



Gemeinderatspräsident Koni Lips mit den Dietiker Trychlern. Bild: SVP Dietikon

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Neue Normalität?

Massenschlägerei und Messerstecherei unter Afghanen: 5 Personen verletzt, zwei Personen verhaftet.

Quelle: 20 Minuten, 08.03.2025

VERANTWORTLICH:

SP-Asylvorsteher
Beat Jans

Weitere Fälle

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehtalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Mittwoch, 19. März 2025, 20.00 Uhr, Polit-Anlass, Restaurant Löwen, Albisstrasse 2, Hausen am Albis, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Affoltern/Knonau
Donnerstag, 3. April 2025, 19.30 Uhr, Referat «Aktuelle Sicherheitslage», British Classic Cars AG, Hasentalstrasse 13, Knonau, mit den Nationalräten Mauro Tuena und Martin Haab.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Freitag, 14. März 2025, 19.30 Uhr, Sessionsbericht, Restaurant Pöstli, Zürcherstrasse 10, Stadel, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Freitag, 21. März 2025, 19.15 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Gemeindescheune, Oetwil an der Limmat, mit den Nationalräten Alfred Heer, Mauro Tuena und Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz, sowie Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter info@svp-oetwil.ch.

Bezirk Hinwil/Rüti
Freitag, 28. März 2025, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Taverne Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1B, Rüti.

Bezirk Meilen/Stäfa
Freitag, 21. März 2025, 18.30 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Sunshine Hill, Bergstrasse 202, Stäfa, u.a. mit Alt Bundesrat Ueli Maurer, Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Kantonsrätin Marion Matter. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 15. März 2025 unter vorstand@svp-staefa.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Dienstag, 8. April 2025, 20.00 Uhr, Podium «EU-Rahmenvertrag», grosser Mönchhofsaa, Mönchaltorf, u.a. mit Nationalrat Mauro Tuena.

Bezirk Winterthur
Dienstag, 18. März 2025, 20.00 Uhr, Delegiertenversammlung, Restaurant Sagi, Wiesendangerstrasse 15, Bertschikon, mit Nationalrat Martin Hübscher sowie den Kantonsräten Ruth Büchi, Urs Wegmann und Tobias Weidmann.

Stadt Zürich/Kreis 10
Freitag, 21. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Restaurant Damas, Josefstrasse 151, Zürich, mit Nationalrat Andreas Glarner.

Freitag, 28. März 2025, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Damas, Kyburgstrasse 28, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 12. April 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 15. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 28. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzensseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Samstag, 29. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung Pro Schweiz, Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, Bern.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

03.03.2025, Gerlafingen (SO)
41-jährige Serbin schwer verletzt - der mutmassliche Täter: ein 51-jähriger Kosovare.
Quelle: Blick, 04.03.2025


05.03.2025, Schlieren (ZH)
Zwei Hunde aus Wohnung entführt und eine Million Franken Lösegeld erpresst - 30-jähriger Norweger verhaftet, weiterer Täter in Polen inhaftiert.
Quelle: Blick, 08.03.2025

06.03.2025, Davos (GR)
Brutaler Angriff auf einen Juden: ein Algerier zu einer Freiheitsstrafe verurteilt - ein Libanese ist flüchtig und wird polizeilich gesucht.
Quelle: Blick, 06.03.2025

07.03.2025, Genf (GE)
Massenschlägerei und Messerstecherei unter Afghanen: 5 Personen verletzt, zwei Personen verhaftet.
Quelle: 20 Minuten, 08.03.2025

Grenzschutz-Initiative Asylmissbrauch stoppen! Jetzt unterschreiben: grenzschutz-initiative.ch





SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Dübendorf, 5. März 2025

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
vom Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr
Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, 8604 Volketswil

Vorprogramm

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Wienerli mit Kartoffel- und Rüebli Salat und selbstgemachte Kuchen
- Musikalischer Auftakt durch die Harmonie Volketswil
- Begrüssung durch Kantonsrat und Gemeindepräsident Jean-Philippe Pinto (Die Mitte)

Traktanden

1. Begrüssung und Standortbestimmung

Parteipräsident

2. Wahl der Stimmenzähler

Parteipräsident

3. Kantonale Abstimmung vom 18. Mai 2025

Steuergesetz Schritt 2 der Steuervorlage 17 / Stand der Kampagne

KR Tobias Weidmann

4. Kantonale Abstimmungsvorlagen (Abstimmungstermine pendent)

Parolenfassung

a) Referendum Änderung Energiegesetz «Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel»

Kontradiktorisch:

Pro Energiegesetz:

Kontra Energiegesetz:

KR Thomas Forrer, Grüne
KR Ueli Bamert

b) Referendum gegen die Erhöhung der IPV (jährlich Fr. 50 Mio.)

KR Lorenz Habicher

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

5. Abschaffung Eigenmietwert – Information

NR Gregor Rutz

6. Rahmenabkommen

NR Benjamin Fischer

7. Rechnung 2024 / Budget 2025

KR Patrick Walder

8. Verschiedenes

Alle